

Es bleibt bei den Straßenausbaubeiträgen

Bad Bramstedt (hbo) – Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist vorerst Geschichte. Das beschlossen mit 14 zu 10 Stimmen die Fraktionen der Grünen und der CDU gegenüber den Stimmen von SPD und FDP in der letzten sehr gut besuchten Stadtverordnetenversammlung vor der Kommunalwahl, am 6. Mai. SPD und FDP wollten die Straßenausbaubeiträge für Bad Bramstedt

abschaffen. „Bad Bramstedt kann auf diese Beiträge einfach nicht verzichten“, argumentierte hingegen Stadtvertreter Volker Wrage (CDU). Mit ebenfalls 14 Ja-Stimmen waren CDU und Grüne zudem für ihren eigenen Antrag, das System der wiederkehrenden Beiträge von der Verwaltung prüfen zu lassen. Das bedeutet eine schonendere Beteiligung der Bürger an den Straßenausbaubeiträ-

gen, weil die Stadt Bad Bramstedt in Verkehrsräume aufgeteilt werden würde und alle Hausbesitzer in diesem Raum Straßenausbaubeiträge zahlen müssten.

Für die Verwaltung bedeutet der Kompromiss, dass der Straßenausbaubeitrag jedes Jahr neu berechnet werden müsste und vorab die Verkehrsräume festgelegt werden müssten. Wie Bürgermeister

Hans-Jürgen Kütbach in einem Pressegespräch mit der UM-SCHAU informierte, wird Bad Bramstedt von der Landesregierung in den kommenden drei Jahren im Rahmen des Finanzausgleichs circa 135.000 Euro jährlich erhalten.

„Das Geld kann für den Straßenbau genutzt werden“, argumentierte Stadtvertreter Jan-Uwe Schadendorf (SPD) ohne Erfolg.